# Dresdner Volkszeitung

**Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.**

**Abonnementspreis** mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ¼10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 55 | Dresden, Donnerstag den 8. März 1917. | 28. Jahrg.


## Eine Kriegsrede Wilsons.

Am Montag hat der Präsident Wilson auf dem Kapitol bei der feierlichen Einleitung seiner zweiten Präsidentschaftsperiode eine Antrittsrede gehalten, die zwar von Redensarten wimmelt, in der der Präsident für Freiheit, Frieden und andere schöne Dinge schwärmt, die sich aber doch als eine deutliche Sendung des Kriegswillens Wilsons darstellt. Er sagt darin, daß den Amerikanern zur See großes Unrecht zugefügt worden sei und daß sie ein gewisses Mindestmaß der Freiheit und des Handelns durchsetzen müßten. Das Ziel der Amerikaner sei nur, daß die Meere gleich frei und sicher für alle Völker seien.

Aber diese schönen Worte sind nicht das Wesentliche an der Rede Wilsons. Bedeutsam ist vor allen Dingen darin, daß er sagt, es könne sogar sein, daß Amerika durch die Umstände zu einer mehr **unmittelbaren Teilnahme an dem großen Kampfe selbst veranlaßt werde.**

Man kann, wenn man Ausführungen über die Freiheit der Meere aus dem Munde des Präsidenten der Vereinigten Staaten hört, immer nur fragen: Wo ist Amerika geblieben, als England in der weitestgehenden Weise die Freiheit der Meere durch seine gegen Deutschland gerichteten, die Rechte der Neutralen so sehr beschränkenden Blockademaßnahmen vernichtete?

Ferner liegen noch Meldungen über den Inhalt der Botschaft vor, die Wilson wegen der Senatsobstruktion an das Volk gerichtet hat. Er beklagt sich in dieser Botschaft bitter darüber, daß es einer **kleinen Minderheit** möglich sei, das Handeln der Leitung des Staates zu lähmen, obgleich das Volk in seiner großen Mehrheit vollkommen einmütig sei. Er sprach davon, daß zu dem Mittel gegriffen werden müßte, den Senat zu ändern, um das Land vor einer Katastrophe zu bewahren. Wie diese Mittel aussehen sollen, sagt Präsident Wilson in der Rede nicht. Man kann aber wohl kaum daran zweifeln, daß die Senatsobstruktion Wilson nicht ernstlich hindern wird, das zu tun, was er vor hat. Es ist ja auch schon bereits vor einigen Tagen gemeldet worden, daß die amerikanischen **Handelsschiffe tatsächlich bewaffnet** werden, und jetzt liegen Telegramme vor, daß sich Wilson von dem General-Staatsanwalt die **Ermächtigung** zur Bewaffnung der Handelsschiffe habe **geben lassen.**

Ob dabei gemäß den Bestimmungen der amerikanischen Verfassung gehandelt worden ist oder ob man sich über sie hinweggesetzt hat, kann nicht gesagt werden. Jedenfalls darf man sich keinem Zweifel darüber hingeben, daß die Opposition gegen Wilson im Lande keine große Unterstützung findet und daß daher formelle verfassungsrechtliche Bedenken Wilson nicht daran hindern werden, gegen Deutschland in der Weise vorzugehen, wie er es für angebracht hält.

Ueber die Rede Wilsons wird folgendes gemeldet:

**Washington, 5. März.** (Reuter.) In der heutigen Inaugural-Rede sagte Präsident Wilson: Von Anfang an hat der Krieg unvermeidlicherweise unserem Geiste, unserer Industrie, unserem Handel und unserer Politik seinen Stempel aufgedrückt. Es war unmöglich, den gleichgültig oder unabhängig gegenüberzustehen. Trotz vielen Meinungsverschiedenheiten sind wir einander näher gebracht worden. **Man hat uns zur See großes Unrecht zugefügt.** Wir haben aber nie den Wunsch gehabt, mit Unrecht und Beleidigungen zu antworten. Obwohl einige uns zugefügte Uebel unerträglich wurden, sind wir uns stets bewußt gewesen, daß wir nichts für uns selber wünschen, was wir nicht für die ganze Menschheit zu fordern bereit wären, nämlich rechtschaffenes Handeln (fair dealing), Gerechtigkeit, die Freiheit, zu leben, und Schutz vor organisiertem Unrecht. In diesem Geiste und in diesem Gedanken sind wir mehr und mehr zu der Ueberzeugung gelangt, daß unsere Aufgabe die sein muß, für die Erhaltung und Stärkung des Friedens zu arbeiten. Wir mußten uns bewaffnen, um unseren Anspruch auf ein gewisses Mindestmaß von Recht und Freiheit des Handelns durchzusetzen. Wir stehen erst in bewaffneter Neutralität, weil es scheint, daß wir auf keine andere Weise zum Ausdruck bringen können, worauf wir bestehen und was wir nicht missen können. Es kann sogar sein, daß wir **durch die Umstände**

**zu einer aktiven Verteidigung unserer Rechte und zu einer mehr unmittelbaren Teilnahme an dem großen Kampfe selbst**

veranlaßt werden. Aber nichts wird unsere Ideen oder unseren Zweck ändern. Wir wünschen weder zu erobern noch Vorteile zu erringen. Wir wünschen nichts, was nur auf Kosten eines anderen Volkes erreicht werden kann. Wir sind nicht länger Provinzler. Die tragischen Ereignisse dieser Monate eines Kampfes auf Leben und Tod haben uns zu Weltbürgern gemacht.

**Wir können nicht zurück.**

Unser eigenes Geschick als Nation steht auf dem Spiele. Das Folgende ist es, wofür wir einstehen werden: Daß alle Nationen gleich das Interesse am Weltfrieden und an der politischen Stabilität der freien Völker haben und dafür in gleichem Maße verantwortlich sind, daß das wichtigste Prinzip des Friedens **wirkliche Gleichheit der Völker in allen Rechtsfragen** ist, daß der Friede sich nicht sicher und gerechterweise auf ein scheinbares Rechtsgleichgewicht stützen kann, daß die Regierungen alle gerechte Macht (wörtlich: just power) von der Zustimmung der Regierten ableiten, daß die **Meere gleich frei und sicher für alle Völker sein** sollen nach Gesetzen, die durch gemeinsames Abkommen festgesetzt sind, daß die Rüstungen der Völker auf die innere Ordnung eines Volkes und die häusliche Sicherheit beschränkt werden sollten, daß es die Pflicht jedes Volkes ist, darauf zu achten, daß jeder Versuch, in anderen Ländern einer Revolution beizustehen, streng und wirksam unterdrückt und verhindert werde.

## Heftiges Artilleriefeuer in der Champagne. — Erkundungsvorstöße zwischen Somme und Oise.

(W. T. B.) **Amtlich. Großes Hauptquartier, den 8. März 1917.**

### Westlicher Kriegsschauplatz.

**Nur in der Champagne heftiges Artilleriefeuer. Die übrigen Fronten blieben bei dunstigem Wetter und Schneetreiben im allgemeinen ruhig.**

**Bei Erkundungsvorstößen zwischen Somme und Oise wurden 17 Engländer und Franzosen sowie mehrere Maschinengewehre eingebracht.**

### Oestlicher Kriegsschauplatz.

**Keine Gefechtshandlungen von Bedeutung. Zwischen Wilejka und Mislobezno kam durch Bombenabwurf ein russischer Eisenbahnzug zur Entgleisung.**

### Mazedonische Front.

**Nördlich vom Doiran-See Vorpostengeplänkel.**

**Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

## Eine deutsche Antwort an Wilson.

**Berlin,** 7. März. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt unter der Ueberschrift „Fair dealing": Ein Wort aus der Adresse des Präsidenten Wilson fällt uns in die Augen: Fair dealing — Billigkeit. Wie Amerika sie für sich selber wünscht, so sei es bereit, sie für die ganze Menschheit zu fordern: Billigkeit, Gerechtigkeit, die Freiheit zu leben und Schutz vor organisiertem Unrecht. **Was Wilson für die ganze Menschheit zu fordern bereit ist, Deutschland hat er es nicht eingeräumt.** Unsere ganze Politik Amerika gegenüber vom ersten Kriegstage bis zum Abbruch der Beziehungen ist ein Kampf um Billigkeit gewesen. Die Regierung Wilsons sah in Ruhe zu, wie ein **Stück des geltenden Rechtes nach dem anderen von England beseitigt wurde.** Aber damit nicht genug. Dieselbe Regierung, die es ohne Gegenwehr hingenommen hatte, daß der gesamte Handel Amerikas mit uns und unseren neutralen Nachbarstaaten, auch soweit ihn kein Kriegsrecht berühren konnte, der britischen Seetyrannei zum Opfer fiel, erließ Protest auf Protest, sobald wir Englands Gleiches mit Gleichem vergalten. Zugleich verwandelt sich die ganze Union in eine

**einzige große Waffen- und Munitionsfabrik.**

**Billigkeit für alle Welt, nur nicht für Deutschland.** Das ist der rote Faden, der sich von jeher durch Wilsons Politik hindurchzog. So kam der Tag, da nach der höhnischen Abweisung unseres Friedensangebotes der Entschluß zur Eröffnung des uneingeschränkten Tauchbootskrieges ausgeführt wurde. Ein letztes Mal erging der Ruf um Billigkeit an den Präsidenten. Die Antwort darauf war der Abbruch der Beziehungen und darüber hinaus sogar der Versuch, die sämtlichen neutralen Mächte gegen uns aufzuwiegeln. Heute spricht der Präsident auch offen aus, daß eine unmittelbare Beteiligung Amerikas am Kampfe möglich sei. **Die Opfer, die wir dem Frieden mit den Vereinigten Staaten bringen können, erreichen ihre Grenze,** wo die Durchsetzung unseres Lebensrechtes, die siegreiche Durchführung des uns aufgezwungenen Daseinskampfes in Frage steht.

Kein amerikanisches Lebensinteresse zwingt den Präsidenten zu einem kriegerischen Zweck. Die alten amerikanischen Grundsätze würden verlangen, daß Amerika die Völker Europas den schweren Kampf allein durchfechten ließe, und Billigkeit würde gebieten, nicht gegen ein Volk Partei zu nehmen, das im Kampfe um sein Dasein steht. So war es ein Schritt natürlicher Vorsorge, wenn wir zur rechten Zeit gegenüber dem möglichen neuen Feinde auch nach neuen Bundesgenossen Umschau hielten. Unser Bündnisangebot in Mexiko sollte erst nach der amerikanischen Kriegserklärung an uns erfolgen. Auch heute noch wünschen wir den Krieg mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden. Teilt Amerika diesen Wunsch, so wird sich also Mexikos Kenntnis von unserem Angebot auf das beschränken, was die Regierung Wilsons selbst darüber veröffentlicht hat. Wie die Würfel fallen, steht bei dem Präsidenten. Ihn allein trifft vor der Geschichte die Verantwortung, wenn sein eigenes Land ohne jede zwingende Not in die Schrecken des blutigen Weltkrieges mit verstrickt werden sollte. Wie immer er sich entscheiden möge, uns wird er, ob er nun Krieg oder Frieden wählt, um keines Haares Breite von dem Weg drängen, den wir am 1. Februar eingeschlagen haben.

•

### Die Knebelung der Minderheit im amerikanischen Senat.

**Rotterdam,** 6. März. Reuter meldet aus Washington: Die demokratische Senatsgruppe ist gestern morgen 10.30 Uhr zusammenberufen worden. Gegenstand dieser Beratungen wird die Einbringung eines Antrages über die Schließung der Debatte sein. 38 Senatoren äußerten bereits ihr Einverständnis damit, die weitere Obstruktion zu verhindern.

Die Neuyorker World erfährt aus Washington: Der **Generalstaatsanwalt Gregory wird Wilson mitteilen, daß er das Recht hat, Maßnahmen zu treffen zur Bewaffnung der Handelsschiffe.**

† **Washington,** 7. März. Reuter. Der aus Demokraten und Republikanern bestehende vereinigte Kompreßausschuß kam überein, **eine Aenderung der Geschäftsordnung des Senats in der Richtung zu empfehlen, daß jede Debatte mit Zweidrittel-Mehrheit geschlossen werden kann.**

## Ernährungsdebatten im Dreiklassenhaus

ob. Am Dienstag beriet das preußische Abgeordnetenhaus den Landwirtschaftsetat und verband damit die Besprechung der Ernährungsfragen. Hauptredner der agrarischen Parteien war der Konservative Dr. Hoesch, ein gewandter Debatter, der daraufhielt, dem Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer seines Vertrauens zu versichern. Dann polemisierte er sehr eingehend gegen die von den Agrarprofessoren verlangte Ermäßigung der Viehpreise, von der er schlimme Gefahren vorhersagt. Der Fortschrittler Lippmann erklärte, daß das von den Professoren ausgearbeitete **Verhältnis zwischen Getreide- und Viehpreisen der Verfütterung von Brotgetreide vorbeugen** werde und daß schließlich doch die Ernährung der Menschen der der Tiere vorangehen müsse.

Mit größtem Ernst und außergewöhnlichem Nachdruck forderte Genosse Braun am Schluß seiner ausführlichen Darlegungen **Erfassung und Verteilung des ländlichen Ueberschusses,** Einstellung des „Wuchers in Blechbüchsen" und Abkehr von der zur Preistreiberei gewordenen Preispolitik.

In der Mittwochsitzung des Abgeordnetenhauses vertrat zunächst der Freikonservative v. Kardorff sehr entschieden und unter allerhand Ausfällen, auch gegen Scheidemann, die Forderungen der Agrarier nach immer höheren Preisen zur Förderung der Produktion. Dann nahm der Landwirtschaftsminister das Wort. Er glaubte wohl nach der Parole handeln zu müssen, daß der Hieb die beste Abwehr sei und so nahm er denn kein Blatt vor den Mund. Mit offenem Spott sprach er davon, daß der Reichstag preußische Minister weder berufen noch absetzen könne, er versicherte, daß er auf seinem Platz bleibe, so lange er das Vertrauen des Königs und der Landwirtschaft habe, er nannte die Eingabe der Gewerkschaften ein Machwerk, wobei er sich auf einige vielleicht nicht ganz stichfeste Angaben von untergeordneter Bedeutung berief, er wies auch darauf hin, daß diese Eingabe ihm nicht durch Bethmann oder Batocki, sondern durch den Vorwärts zur Kenntnis gekommen sei und er bekannte sich auch bei allem Ausdruck des Wohlwollens für die Konsumenten zu dem Prinzip des Anreizes durch hohe Preise.

Ob Herr v. Schorlemer mit dieser Rede seine Stellung befestigt hat, wird sich zeigen. Manchmal klang sie wie ein, allerdings geharnischter Schwanengesang.

Der neue Staatskommissar für Ernährungsfragen, Dr. Michaelis, sprach gleich darauf und seine Ausführungen gestalteten sich zu einer ganz deutlichen Polemik gegen seinen Vorredner. Der Staatskommissar machte kein Hehl daraus, daß unsere Ernährungsverhältnisse sehr ernst liegen und die Zukunft keineswegs zum Uebermut zu stimmen geeignet ist. Er kündigte **energische Erfassung der auf dem Lande vorhandenen über den notwendigen persönlichen Bedarf hinausgehenden Vorräte und ihre Verteilung an die Verbraucher,** insbesondere in den Städten und Industriebezirken an. Dagegen hatte der konservative Abg. v. d. Osten allerhand Bedenken, wie er denn überhaupt genau dieselben Auffassungen vertrat, die sein Parteigenosse Hoesch am Vortage dargelegt hatte. Zum Schluß beantragte der konservative Redner eine Entschließung, die ein deutliches Vertrauensvotum für den Landwirtschaftsminister enthält.

Für die kleinere Sozialistenfraktion hatte der Abg. Hofer das Wort genommen. Er konnte natürlich in der Sache nur die gleichen Forderungen erheben wie Genosse Braun tags zuvor. Mit einer Rede des nationalliberalen Landwirts Krüger, die beim Bund der Landwirte wenig Gefallen finden dürfte, ging der zweite Tag der Ernährungsdebatte zu Ende.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170308/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG